Bekanntmachung

Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Gornau vom 11.07.2022

Beschluss Nr. 315/22

Der Gemeinderat der Gemeinde Gornau beschließt die Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten für die Verwaltungsgemeinschaft Zschopau-Gornau, Frau Claudia Weber, zum 01.08.2022.

Beschlüsse Nr. 316/22-319/22

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
	<p><u>Vorbemerkung:</u></p> <p><u>Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 10.3.2022 (Planzeichnung mit Textteil, Begründung mit Umweltbericht und Anlagen, Entwurf Stand vom 1.12.2021 sowie umweltrelevante Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung).</u></p> <p>Zusendung an alle folgenden TÖB´s in digitaler Form sowie zusätzlich schriftlich auf Anforderung.</p> <p>Beteiligung der Öffentlichkeit durch Auslegung vom 11.3.2022 bis 11.4.2022 in den Rathäusern Gornau und Zschopau sowie Veröffentlichung im Bürgerportal (www.buergerbeteiligung.sachsen.de).</p> <p>Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen Beteiligten für die eingegangenen Stellungnahmen, Hinweise, Anregungen, Bedenken und hoffen auf eine weitere konstruktive und zielführende Zusammenarbeit!</p>				
1.	Landesdirektion Sachsen, Raumordnungsbehörde Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz				

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
	E-Mail: bettina.seiferth@lds.sachsen.de Schreiben vom 16.3.2022				
1.1	Aus raumordnerischer Sicht bestehen keine Bedenken. Das Vorhaben widerspricht nicht den Zielen der Raumordnung. Laut Regionalplan Chemnitz-Erzgebirge ist der Bereich als Vorranggebiet für oberflächennahe Rohstoffe ausgewiesen.	Es besteht kein Abwägungsbedarf. Da für die Gemeinde Gornau kein wirksamer Flächennutzungsplan vorliegt, kann die überplante Fläche nur als vorhabenbezogenes B-Plangebiet aufgestellt werden. Aufgrund der außerörtlichen Lage soll eine Beeinträchtigung von Wohngebieten und Innenbereichen verhindert und eine nachhaltige Nutzung vorhandener Betriebsflächen forciert werden. Es handelt sich nicht um eine Zersiedelung der Orte und Ortsteile, sondern um die Nachnutzung eines vorhandenen Industriestandortes, welcher sich bereits neben lärmintensiven Flächen befindet (Endurostrecke; Staatsstraße S235) und dem Erhalt der jederzeitigen Zugänglichkeit zur Festgesteins-Lagerstätte und damit eine sinnvolle Flächennachnutzung der derzeit bergbaulich aufgeschlossenen Flächen.			
1.2	Aus raumordnerischer Sicht wird von einem Zielabweichungsverfahren hinsichtlich der ursprünglichen Überlagerung für das Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe Nr. 38 abgesehen, da die Überarbeitung des Entwurfes der Regionalplanung vom Mai 2021 das Vorranggebiet reduziert hat. Insofern ist in der Begründung der letzte Satz unter Punkt 3 zu korrigieren.	Es besteht kein Abwägungsbedarf. Seitens des Investors sind ja gerade der regionale Erhalt der Rohstoffe und dessen jederzeitige weitere Erschließung vorgesehen, um einerseits kurze Transportwege und damit geringe Umweltemissionen zu ermöglichen. Andererseits dienen die Halden und Felswände als Ausgleichsmaßnahmen für Biotop- und Artenschutz. Die erforderliche redaktionelle Korrektur wird in der Endfassung / Satzung berücksichtigt.			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
2.	<p>Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Abteilung 2, August-Böckstiegel-Straße 3, 01326 Dresden</p> <p>E-Mail: rainer.clausnitzer@smekul.sachsen.de</p> <p>Schreiben vom 6.4.2022</p>				
2.1	<p>Seitens des LfULG bestehen Bedenken aus rohstoffgeologischer Sicht zum geplanten Vorhaben.</p> <p>Die Bedenken können bei Beachtung der Forderungen unter Punkt 3.4. ausgeräumt werden.</p> <p>Geologie:</p> <p>Aus rohstoffgeologischer Sicht bestehen nunmehr Bedenken gegen den textlichen Inhalt der Begründung, da die Forderungen aus der vormaligen Beteiligung textlich nicht erwähnt werden. Es wird gefordert, das Vorranggebiet für oberflächennahe Rohstoffe (VRG-Nr. 58 – Gneis Gornau) mindestens nachrichtlich zu integrieren. Zudem sollte in der Begründung mit Umweltbericht ausdrücklich textlich darauf hingewiesen werden, dass die unverritzten Festgesteinsvorräte, welche sich innerhalb des regionalplanerisch gesicherten Vorranggebietes befinden, nicht durch eine zukünftig denkbare Erweiterung der Bebauungsfläche Richtung Norden blockiert werden. Eine potentielle zukünftige Gewinnung dieser Festgesteinsvorräte darf durch etwaige Baumaßnahmen nicht eingeschränkt werden.</p>	<p>Es besteht Abwägungsbedarf.</p> <p>Seitens des Investors werden die Rohstofflager dauerhaft erhalten und die geplante Betriebsstätte im südlichen Bereich des rechtskräftig festgesetzten Vorranggebietes als eine sinnvolle Flächennachnutzung der derzeit bergbaulich aufgeschlossenen Flächen betrachtet. Mittlerweile wurde das Vorranggebiet in der Überarbeitung des Entwurfes des Regionalplanes vom Mai 2021 reduziert, so dass keine Überlagerungen mehr zu erwarten sind. Die Forderungen werden in den textlichen Festsetzungen sowie der Begründung aufgenommen. Mit E-Mail-Eingang vom 2.6.2022 verzichtet das LfULG in Abstimmung mit der Planungsverband</p> <p>auf die kartographische Darstellung.</p> <p>BESCHLUSS NR. 316/22</p> <p>Der Gemeinderat Gornau beschließt die Einarbeitung der Ergebnisse in die Planungen bzw. die Satzung.</p>	10	/	/

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
		Wollnitzke Bürgermeister - Siegel -			
2.2	Anlagensicherheit / Störfallvorsorge: Die Belange des Fluglärms, der Anlagensicherheit / Störfallvorsorge sowie des Fischartenschutzes bzw. der Fischerei sind nicht berührt.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
2.3	Natürliche Radioaktivität / Radonschutz: Nach den bisher vorliegenden Kenntnissen liegt das Plangebiet nicht in einem Gebiet mit radiologisch relevanten Parametern und Hinterlassenschaften. Erhöhte Radonkonzentrationen in der Bodenluft können ggfs. vorhanden sein. Aufgrund der geänderten Gesetzeslage sind die neuen Anforderungen /Hinweise zum Radonschutz zu beachten. Wer ein Gebäude mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen errichtet, hat geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Zutritt von Radon aus dem Baugrund zu verhindern oder erheblich zu erschweren. In Radon-vorsorgegebieten ist ein zusätzlicher Radonschutz einzuplanen und durch entsprechende Maßnahmen umzusetzen.	Die Anregung wird berücksichtigt. Die Anregungen und Hinweise werden in der weiteren Planung berücksichtigt. BESCHLUSS NR. 317/22	10	/	/

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
		Wollnitzke Bürgermeister	- Siegel -		
2.4.	<p>Hydrogeologie:</p> <p>Der anstehende Gneis und Quarzglimmerschiefer wurde in der Vergangenheit im Tagebau abgebaut. Das Deckgebirge und der Oberboden sind nicht mehr vorhanden. Aus hydrogeologischer und hydraulischer Sicht stellen die im Steinbruch anstehenden Festgesteine einen heterogenen, wasserwegsamem Kluftwassergrundleiter dar. Es wird darauf hingewiesen, dass durch Niederschläge gelöste Stoffe aus den abgelagerten Materialien über Klüfte und Störungen auch in den Untergrund und somit in das Grundwasser gelangen können.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Das Bundes-Immissionsschutzgesetz ist einzuhalten. Bei der Nutzung der Betriebsstätte ist sicherzustellen, dass keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund und in die Vorflut gelangen können.</p>			
2.5.	<p>Ingenieurgeologie:</p> <p>Das der Auslegung beigefügte Gutachten und Sicherungskonzept wird als geeignet für die weitere Planung erachtet. Es wird empfohlen, Begriffsdefinitionen hinsichtlich Steinfall und Felsbruch vorzunehmen. Falls es zu größeren Gesteinsabbrüchen kommen kann, bedarf es einer Überprüfung, ob der vorgeschlagene Schutzwall ausreichend dimensioniert worden ist.</p>	<p>Dem Hinweis wird gefolgt.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Die Hinweise werden in der weiteren Planung berücksichtigt und eingearbeitet. Außerdem wird dies durch den Abschluss-betriebsplan des Steinbruchbetriebes zusätzlich überprüft.</p>			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
3.	Landesamt für Archäologie, Zur Wetterwarte 7, 01109 Dresden E-Mail: Christiane.Hemker@lfa.sachsen.de Schreiben vom 20.10.2021	Der Gemeinderat beschließt: <i>Es liegt keine Stellungnahme aus der zweiten Anhörung vor.</i> <i>Das LRA ERZ SG Denkmalschutz bezieht sich auf das Schreiben vom 20.10.2021 aus der ersten Anhörung.</i>			
3.1	Das Landesamt für Archäologie erhebt gegen das Bauvorhaben keine Einwände. Die ausführenden Firmen sind auf die Meldepflicht von Bodenfinden gemäß § 20 SächsDenkmalSchG hinzuweisen. Das Vorhabenareal befindet sich in einem archäologischen Relevanzbereich, wonach bei geplanten Erdarbeiten etc. eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung einzuholen ist.	Dem Hinweis wird gefolgt. Es besteht kein Abwägungsbedarf, da es sich um eine redaktionelle Ergänzung handelt.			
4.	Landesamt für Denkmalpflege Sachsen, Schloßplatz 1, 01067 Dresden E-Mail: Dorit.Guehne@lfd.sachsen.de Schreiben vom 14.3.2022				
4.1	Aus denkmalpflegerischer Sicht bestehen keine Einwände gegen den Bebauungsplanentwurf.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
5.	Sächsisches Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg E-Mail: carola.doerr@oba.sachsen.de Schreiben vom 22.3.2022 und 8.6.2022				
5.1	Das Vorhaben befindet sich innerhalb der Erlaubnisfelder „Erzgebirge“ (Feldnummer 1680) und „Erzgebirgsnordrand“	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.			
	(Feldnummer 1691) zur Aufsuchung von Erzen der Beak Consultants GmbH Freiberg. Auswirkungen auf das Vorhaben sind nicht zu erwarten.				
5.2	Für den Gneisbruch Gornau existieren ein bis 31.12.2022 zugelassener Haupt- und Rahmenbetriebsplan. Der Vorhabenbereich des Bebauungsplanes liegt zudem im Geltungsbereich eines Baubeschränkungsgebietes nach Bundesberggesetz. Demnach sind die Genehmigungen für die Errichtung, Erweiterung, Änderung und Nutzungsänderung baulicher Anlagen nur mit Zustimmung des Sächsischen Oberbergamtes zu erteilen, welches hiermit erfolgt. Eine Nachnutzung der Fläche ist erst nach Entlassung aus der Bergaufsicht möglich. Die Aufhebung des Baubeschränkungsgebietes ist zu veranlassen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf. Derzeit erfolgt durch den aktiven Steinbruchbetrieb die Aufstellung eines Abschlussbetriebsplanes. Die Aufhebung des Baubeschränkungsgebietes wurde durch den Investor beim Oberbergamt beantragt. Des weiteren wurde das Sächsische Oberbergamt um Zustimmung zur Beschlussfassung zur Satzung durch den Gemeinderat Gornau gebeten, damit die Genehmigung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes durch das Landratsamt Erzgebirgskreis erfolgen kann. Dem Antrag wurde mit Schreiben vom 8.6.2022 stattgegeben.			
6.	Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Hans-Link-Straße 4, 09131 Chemnitz E-Mail: heike.oertel@lasuv.sachsen.de Schreiben vom 19.8.2021 und 24.3.2022 und 7.6.2022				
6.1	Es bestehen keine grundlegenden Einwände gegen die Nachnutzung des Steinbruches als Gewerbegebiet. Aufgrund der zulässigen Geschwindigkeit auf der vorbeiführenden Staatsstraße S235 von 100 km/h kann nicht ausgeschlossen werden, dass an der Zufahrt Problemen mit Linksabbiegern auftreten können. Das	Es besteht Abwägungsbedarf. Die Forderungen und Hinweise werden teilweise in der weiteren Planung berücksichtigt. Die Sichtdreiecke und Schleppkurven wurden in die Planzeichnung eingearbeitet und am 1.6.2022 zur Stellungnahme /			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
	<p>LASuV behält sich die Herstellung einer Linksabbiegespur seitens der Gemeinde Gornau vor. Die Sichtweiten sind nachzureichen. Die Verkehrsbehörde ist zwingend in das Verfahren einzubeziehen. Die geänderten und ergänzten Planunterlagen sind zur Stellungnahme einzureichen.</p> <p>Verunreinigungen auf der Staatsstraße durch den Ausbau oder Betrieb des Gewerbegebietes sind zu jeder Zeit mit geeigneten Mitteln auszuschließen. Staatsstraßen dürfen nur geändert oder gebaut werden, wenn der Plan vorher festgestellt ist oder ein Verzicht auf Planfeststellung erteilt wurde.</p>	<p>Zustimmung an das LASuV gesandt. Die Verkehrsbehörde wurde in das Verfahren einbezogen. Mit Schreiben vom 7.6.2022 wurden verschiedene Lösungen vorgeschlagen.</p> <p>Die Forderungen zum Verkehrsrecht / Anbindung an die S235 sind den Durchführungsvertrag aufzunehmen.</p> <p>Änderungen an der Staatsstraße sind nicht vorgesehen. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes umfasst nicht die S 235. Auch bei vollem Steinbruchbetrieb gab es bisher keine Unfälle an der Einmündung.</p> <p>BESCHLUSS NR. 318/22</p> <p>Der Gemeinderat Gornau beschließt die vorhandene Zufahrt unverändert zu belassen. Bei erhöhtem Verkehrsaufkommen aus der Betriebsstätte sind durch den Vorhabenträger die verkehrsrechtlichen und verkehrstechnischen Abstimmungen und baulichen Umsetzungen mit der zuständigen Verkehrsbehörde abzustimmen (Bestandteil des Durchführungsvertrages).</p>	10	/	/
		Wollnitzke			
		- Siegel -			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt: Bürgermeister			
7.	<p>Planungsverband Region Chemnitz, Werdauer Straße 62, 08056 Zwickau</p> <p>E-Mail: claudia.peters@pv-rc.de</p> <p>Schreiben vom 15.3.2022 + E-Mail vom 2.6.2022</p>				
7.1	<p>Aus regionalplanerischer Sicht bestehen gegen die vorgelegte Planung keine Bedenken.</p> <p>Die Hinweise der Stellungnahme vom 30.7.2021 sind in der Begründung vollumfänglich zu berücksichtigen. Dies beinhaltet die regionalplanerischen Sachverhalte, welche den Zielen der Raumordnung anzupassen sind.</p> <p>Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes umfasst Teile des gemäß Karte 2 „Raumnutzung“ des Regionalplanes Chemnitz-Erzgebirge festgelegten Vorranggebietes Natur und Landschaft und gemäß Karte 1.1 „Raumnutzung“ des Regionalplanentwurfs Region Chemnitz festgelegten Vorranggebietes Arten- und Biotopschutz. Unter Ziffer 3 der Begründung sind Aussagen zur Festlegung des Vorranggebietes zu ergänzen und zu dokumentieren, dass keine Beeinträchtigungen durch die Weiterführung der Betriebsstätte am Standort für den großräumig übergreifenden Biotopverbund zu erwarten sind.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Die erforderlichen Begründungen und Ergänzungen werden in der Endfassung berücksichtigt und in der Planzeichnung eingearbeitet. Es handelt sich dabei um redaktionelle Ergänzungen und Aktualisierungen.</p>			
7.2	<p>Die vorgelegte Planung steht nicht im Widerspruch zu den Festlegungen der Rohstoffsicherung und -gewinnung (Vorranggebiet Rohstoffabbau Nr. 58 Steinbruch Gornau).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
	Es sollte eine umfassende Ausnutzung der Lagerstätte erfolgen. Aus regionalplanerischer Sicht ist eine umfassende Nutzung aller in der Lagerstätte vorhandenen Rohstoffvorräte erforderlich.	Seitens des Investors werden die Rohstofflager dauerhaft erhalten. Das geplante Vorhaben steht der potentiellen Nutzung der Lagerstätte nicht entgegen. Der Zugang bleibt unverbaut erhalten.			
7.3	Die Vorranggebiete Arten- und Biotopschutz am Truschbach dürfen nicht durch das Gewerbegebiet beeinträchtigt werden. In der Raumnutzung des Regionalplanes Chemnitz-Erzgebirge sind Teile des geplanten Gebietes als Vorranggebiet Kulturlandschaftsschutz „Heckenlandschaft bei Zschopau“ festgelegt. In bestehenden Waldflächen sind im Tal-Lebensraum „Zschopautal zwischen Flöha und Zschopau“ Gebiete mit relevanten Multifunktionsräumen für Fledermäuse bestimmt. Artenschutzrechtliche Konflikte sind in Zusammenarbeit mit der Unteren Naturschutzbehörde auszuschließen. Beeinträchtigungen des Vorranggebietes sind auszuschließen. Dies ist in Ziffer 3 der Begründung zu dokumentieren. Gemäß Karte 12 des Regionalplanentwurfs Region Chemnitz liegt das Plangebiet im überregional bedeutsamen Tal-Lebensraum „Zschopautal zwischen Flöha und Zschopau“.	<p>Dem Hinweis wird gefolgt.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p> <p>Innerhalb der Begründung werden in Ziffer 3 Aussagen zur Festlegung des Vorranggebietes zu ergänzt und dokumentiert, dass keine Beeinträchtigungen durch die Weiterführung der Betriebsstätte am Standort für den großräumig übergreifenden Biotopverbund zu erwarten sind. Dies wurde auch im vorliegenden Gutachten bestätigt, welches den Auslegungsunterlagen beigelegt war. In Ziffer 3 sollte mit Verweis auf die Karten 12 und 13 des Regionalplanes Entwurf Region Chemnitz (RPI-E RC) das Fazit des Gutachtens beschrieben werden.</p> <p>Die Hinweise und redaktionellen Ergänzungen werden in der Endfassung/Satzung berücksichtigt.</p> <p>BESCHLUSS NR. 319/22</p>	10	/	/

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
		Wollnitzke Bürgermeister - Siegel -			
7.4	<p>Weitere Hinweise und Verfahrenshinweise, die im weiteren Planungsverfahren zu berücksichtigen sind:</p> <p>Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet Georg Weißbach am Truschbach“ sollte aufgehoben werden.</p> <p>Die Darstellung der Belegung der Gewerbegebiete in Gornau unter Ziffer 5 kann entfallen.</p> <p>Der Planungsverband ist über das Ergebnis der Abwägung schriftlich zu informieren bzw. erneut am Verfahren zu beteiligen. Es wird um Übersendung der in Kraft getretenen Planungsunterlagen gebeten.</p>	<p>Dem Hinweis wurde bereits gefolgt.</p> <p>Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet Georg Weißbach am Truschbach“ wurde am 2.11.2022 durch Beschluss des Gemeinderates aufgehoben. Die öffentliche Bekanntmachung dazu erfolgte im Amtsblatt Gornau vom 9.12.2020.</p> <p>Der Planungsverband wird selbstverständlich weiterhin am Verfahren beteiligt. Die Anregungen werden in der Endfassung berücksichtigt und als redaktionelle Ergänzung eingearbeitet.</p> <p>Eine Auflistung der Gewerbegebiete in Gornau kann entfallen (redaktionelle Änderung).</p>			
8.	<p>Landratsamt Erzgebirgskreis, Abteilung 3 Umwelt, Verkehr und Sicherheit, Paulus-Jenisius-Straße 24, 09456 Annaberg-Buchholz</p> <p>E-Mail: Mandy.Vogl@kreis-erz.de</p> <p>Schreiben vom 7.4.2022</p>				
8.1	Baurecht:	<p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt.</p>			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
	Es ergehen verschiedene Hinweise zur Benennung, Darstellung und Markierung im Planteil und den textlichen Festsetzungen.	Die redaktionellen Korrekturen, Ergänzungen, Änderungen und Hinweise werden in der weiteren Planung berücksichtigt und eingearbeitet (redaktionelle Richtigstellungen, Beseitigung Schreibfehler usw.).			
8.2	Denkmalschutz: Aus denkmalpflegerischer Sicht bestehen zu dem Vorhaben keine Einwände. Die bauausführenden Firmen sind auf die Meldepflicht von Bodenfunden gemäß § 20 Sächsisches Denkmalschutzgesetz hinzuweisen. Die beiden Sätze aus der Stellungnahme der übergeordneten Fachbehörde vom 20.10.2021 sind als Hinweis in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzunehmen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf. Die Hinweise aus dem Schreiben der Fachbehörde wurden bereits vor der zweiten Auslegung in der Planung/Planzeichnung eingearbeitet.			
8.3.	Flurneueordnung: Es bestehen keine Einwände	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
8.4	Vermessung: Es bestehen keine Einwände.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
8.5	Immissionsschutz: Der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird zugestimmt.	Es besteht kein Abwägungsbedarf. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die enthaltenen Hinweise zum Bundes-Immissionsschutzgesetz werden berücksichtigt.			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
8.6	<p>Abfallrecht/Altlasten/Bodenschutz:</p> <p>Es bestehen keine Einwände. Es besteht keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Es bestehen derzeit keine Angaben auf Altlasten bzw. Altlastenverdachtsflächen.</p> <p>Zeigen sich im Rahmen der geplanten Tief-/Baumaßnahmen organoleptische (Sicht, Geruch) Auffälligkeiten im Boden, sind diese gemäß § 13 Abs. 3 des SächsKrWBodSchG unverzüglich dem Referat Umwelt und Forst, SG Abfallrecht, Altlasten, Bodenschutz im LRA Erzgebirgskreis anzuzeigen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>			
8.7	<p>Forst:</p> <p>Es bestehen keine Einwände.</p>	<p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>			
8.8	<p>Naturschutz:</p> <p>Es sind keine Schutzgebiete betroffen. Da sich das Bauvorhaben jedoch im Außenbereich befindet, liegt ein Eingriff in die Natur und Landschaft vor. Zu den betroffenen Belangen des Natur-, Landschafts- und Artenschutzes sowie zu den grünordnerischen Festsetzungen besteht Einverständnis. Dem o.g. vorhabenbezogenen Bebauungsplan stehen Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht entgegen, sofern die Hinweise beachtet, die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan genannten grünordnerischen Festsetzungen und Hinweise umgesetzt werden und die durch den</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Der Abschlussbetriebsplan befindet sich in Aufstellung und enthält die entsprechenden Bilanzierungen. Das Plangebiet wird als nicht renaturierte Fläche aufgenommen. Die beiden Verfahren laufen parallel, so dass es bauleitplanerische Überschneidungen gibt, welche jedoch einer Satzungsbeschlussfassung nicht entgegenstehen.</p>			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
	vorhabenbezogenen Bebauungsplan entfallene Fläche im Rahmen des Abschlussbetriebsplanes entsprechend bilanziert wird.				
8.9	Landwirtschaft: Aus Sicht der Agrarstruktur stehen dem Entwurf zum vorhabenbezogenen B-Plan keine Einwände entgegen.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
8.10	Siedlungswasserwirtschaft: Es bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben. Das Plangebiet befindet sich nicht in einem Wasserschutzgebiet. Der Bereich ist nicht zentral erschlossen. Die Abwasser- und Niederschlagswasserbeseitigung der einzelnen Gewerbestandorte ist grundsätzlich mit dem Sachgebiet Siedlungswasserwirtschaft abzustimmen und die erforderlichen Genehmigungen / Erlaubnisse vor Baubeginn zu beantragen. Vor Baubeginn von abflusslosen Gruben für häusliches Abwasser ist das beigefügte Anzeigeformular auszufüllen und dem Sachgebiet Siedlungswasserwirtschaft vorzulegen. Nachzureichen sind Angaben zur Bereitstellung vom Löschwasser. Es bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis, wenn damit eine Gewässerbenutzung nach § 9 WHG verbunden ist.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf. Die Hinweise werden berücksichtigt. Die erforderlichen Anzeigen erfolgen rechtzeitig vor Baubeginn durch den Investor. Das erforderliche Löschwasser wird in einem Löschteich gespeichert und vorgehalten und mit Oberflächenwasser gefüllt, so dass keine wasserrechtliche Erlaubnis notwendig wird. Redaktionelle Ergänzungen erfolgen dazu in der Begründung mit Umweltbericht.			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
	Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen wird auf den Besorgnisgrundsatz und die Einhaltung der grundlegenden Anforderungen nach §§ 62 und 63 Wasserhaushaltsgesetz verwiesen.				
8.11	<p>Wasserbau:</p> <p>Es bestehen keine Einwände.</p> <p>Das Vorhabengebiet wird vom Truschbach, Gewässer II. Ordnung, tangiert. Errichtung oder Beseitigung von Anlagen in, an, unter und über oberirdischen Gewässern und im Uferbereich bedürfen einer wasserrechtlichen Genehmigung. Eventuelle Wasserentnahmen und Einleitungen unterliegen ebenfalls dem Wasserrecht. Ein Gewässerrandstreifen ist einzuhalten.</p>	<p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p>			
8.12	<p>Brandschutz:</p> <p>Gebäude dürfen nur errichtet und betrieben werden, wenn ausreichende Löscharbeiten möglich sind.</p> <p>Für das Baugebiet ist die Löschwasserversorgung durch einen Löschteich im Plangebiet gesichert.</p> <p>Die Zufahrten sollten nach DIN 14090 mit einer Mindesttragfähigkeit von 15 Tonnen hergestellt werden.</p> <p>Der Löschwasserteich ist in Anlehnung an DIN 14210 herzustellen, zu kennzeichnen, mit Schacht und Saugrohr nach DIN 14244 auszustatten und die Zufahrt mit Winter dauerhaft freizuhalten.</p> <p>Nach den Bauarbeiten ist der Löschteich durch die Brandschutzdienststelle abnehmen zu lassen und durch die</p>	<p>Den Hinweisen wird gefolgt.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Durch den Investor wird ein Löschteich mit einem Wasservolumen von mindestens 200m³ sowie einer Saugstelle und einer befestigten Zufahrt entsprechend der einschlägigen Vorschriften errichtet. Die Abnahme erfolgt durch die zuständige Brandschutzdienststelle. Die Löschwasserbereitstellung durch den Vorhabenträger ist Bestandteil des Durchführungsvertrages.</p>			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
	Feuerwehr (zuständig FF Gornau) ist eine Saugprobe durchzuführen.				
8.13	<p>Straßenverkehr:</p> <p>Es bestehen keine Einwände, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vermeidung von Straßenverschmutzungen - Im Gelände des Eigentümers ist eine Abrollstrecke für verschmutzte LKW und zusätzlich eine Reifenwaschanlage vorzuhalten. 	<p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Die verkehrsrechtlichen und verkehrstechnischen Hinweise und Forderungen sind Aufgabe des Vorhabenträgers und in den Durchführungsvertrag aufzunehmen, wobei die Anbindung an die Staatsstraße S235 nicht Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist.</p>			
8.14	<p>Sonstige Hinweise:</p> <p>Kampfmittel / Rettungswesen / Breitbandausbau / Regionalplanung:</p> <p>Anfragen zu eventuellen Kampfmittelbelastungen sind die zuständige Polizeibehörde zu stellen.</p> <p>Die Zuständigkeit für bodengebundenen Rettungsdienst liegt beim Rettungszweckverband Chemnitz-Erzgebirge.</p> <p>Im Kreisgebiet besteht derzeit kein flächendeckendes Glasfasernetz. Mit Änderung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) im Jahr 2016 können sich Mitverlegungsansprüche bei Baumaßnahmen an der technischen Infrastruktur ergeben. Es wird empfohlen, den Planungsverband Region Chemnitz zu beteiligen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Der Planungsverband Region Chemnitz wurde beteiligt.</p>			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
9.	Zweckverband Kommunale Wasserversorgung / Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland, Käthe-Kollwitz-Straße 6, 09661 Hainichen E-Mail: b.lange@zwa-mev.de Schreiben vom 21.7.2021	Der Gemeinderat beschließt: <i>Es liegt keine Stellungnahme aus der zweiten Anhörung vor. Keine Stellungnahme zur Fassung 12/2021 eingegangen, Stellungnahme in der ersten Anhörung eingegangen</i>			
9.1	Es liegen keine öffentlichen Abwasserentsorgungsanlagen im Gebiet an und sind derzeit auch nicht vorgesehen. Der ZWA MEV ist zwingend in weiteren Planungs- und Bauphasen einzubinden.	Es besteht kein Abwägungsbedarf. Die Abwasserentsorgung des Gebietes ist grundsätzlich dezentral möglich. Der ZWA MEV wird selbstverständlich weiterhin beteiligt. Die Sicherung der Erschließung ist durch den Antragsteller im Bauantrag nachzuweisen. Vom Gesetzgeber ist die abschließende Prüfung der Erschließung in die Genehmigungsphase des Vorhabens verlagert worden, um das Aufstellungsverfahren zu verkürzen.			
10.	Erzgebirge Trinkwasser GmbH (ETW), Rathenaustraße 29, 09456 Annaberg-Buchholz E-Mail: poststelle@wasserversorgung-etw.de Schreiben vom 27.2.2019 + 19.7.2021 + 10.3.2022				
10.1	Zur Errichtung des Gewerbegebietes bestehen keine Einwände. Die Trinkwasserversorgung ist nicht gesichert. Eine Anschlussmöglichkeit besteht grundsätzlich im Bereich Zschopau, Straße und Am Sauberg. Die Erschließung ist durch den Investor zu finanzieren. Es gilt weiterhin die Stellungnahme vom 27.2.2019.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf. Die Sicherung der Erschließung ist durch den Antragsteller im Bauantrag nachzuweisen.			
10.2	Löschwasserversorgung	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
	Es gilt weiterhin die Stellungnahme vom 19.7.2021.	<p>Der Gemeinderat beschließt:</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Die Zuständigkeit zur Sicherung der Löschwasserversorgung liegt beim Investor (Voraussetzung zur Ingebrauchnahme der Betriebsstätte entsprechend Durchführungsvertrag).</p> <p>Es wird ein Löschteich mit einem Wasservolumen von mindestens 200m³ sowie einer Saugstelle und einer befestigten Zufahrt errichtet.</p>			
11.	inetz GmbH, Augustusburger Straße 1, 09111 Chemnitz E-Mail: andreas.mueller@inetz.de Schreiben vom 31.8.2021	<i>Keine Stellungnahme zur Fassung 12/2021 eingegangen, Stellungnahme in der ersten Anhörung eingegangen</i>			
11.1	<p>Dem Entwurf wird vollumfänglich zugestimmt.</p> <p>Im Geltungsbereich betreibt inetz keine Gasleitungen und Anlagen.</p> <p>Bei einem erhöhten Bedarf wird die Anbindung des Gewerbegebietes an die nördlich verlaufende Gashochdruckleitung geprüft.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlussnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
12.	MITNETZ STROM GmbH, Netzregion Südsachsen, Servicecenter Freiberg, Frauensteiner Straße 73, 09559 Freiberg E-Mail: TOEB-Suedsachsen@mitnetz-strom.de Schreiben vom 31.3.2022				
12.1	<p>Der Planung wird zugestimmt.</p> <p>Es gilt weiterhin die Stellungnahme vom 5.11.2021.</p> <p>Im geplanten Baubereich befinden sich Mittelspannungsanlagen der Netzregion Süd-Sachsen der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM).</p> <p>Die vorhandenen Kabel dürfen im Rahmen der Baumaßnahmen nicht in der Lage verändert, überbaut bzw. durch Baumaßnahmen geschädigt werden.</p> <p>Werden durch die Baumaßnahmen Umverlegungen der Anlagen notwendig, so sind die Kosten dafür vom Veranlasser zu übernehmen. Eine Koordinierung der Erschließung soll erfolgen. Es ist eine Erschließungsvereinbarung abzuschließen. Konkrete Netzmaßnahmen ergeben sich erst nach dem Erhalt bestätigter Bebauungspläne.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Die Erschließung ist ausgehend von vorhandenen Leitungen grundsätzlich gesichert.</p> <p>Eine funktionsfähige Transformatorenstation mit 20 kVA befindet sich bereits im geplanten Gewerbestandort.</p> <p>Davon ausgehend sind die Hausanschlüsse möglich.</p> <p>Die erforderlichen Abstände zu Leitungen sind einzuhalten.</p> <p>Die Sicherung der Erschließung ist durch den Antragsteller im Bauantrag nachzuweisen. Vom Gesetzgeber ist die abschließende Prüfung der Erschließung in die Genehmigungsphase des Vorhabens verlagert worden, um das Aufstellungsverfahren zu verkürzen.</p> <p>Die Hinweise werden in den Durchführungsvertrag aufgenommen.</p>			
13.	Deutsche Telekom Technik GmbH, Minna-Simon-Straße 1-5, 09111 Chemnitz E-Mail: FMB-Stellungnahmen-PTI13-Leipzig@telekom.de Schreiben vom 6.4.2022				

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
13.1	Es gibt keine Einwände gegen das Vorhaben. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom, außer der Hausanschluss zum vorh. Gebäude. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
14.	50Hertz Transmission GmbH, Regionalzentrum Ost, Haardt 33, 09247 Chemnitz OT Röhrsdorf E-Mail: leitungsauskunft-rzost@50hertz.com Schreiben vom 17.3.2022				
14.1	Im Plangebiet befinden sich keine Anlagen der 50 Hertz Transmission GmbH oder sind in nächster Zeit geplant.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
15.	zacom Betriebsgesellschaft mbH, Chemnitzer Straße 5, 09247 Chemnitz / Röhrsdorf E-Mail: info@zacom-kabel.de				
15.1	Das Plangebiet gehört nicht zum Versorgungsbereich der zacom Kabelbetriebsgesellschaft mbH.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
16.	Zweckverband Fernwasser Südsachsen GmbH, Theresenstraße 13, 09111 Chemnitz E-Mail: info@suedsachsenwasser.de Schreiben vom 10.3.2022				
16.1	Belange des Zweckverbandes werden nicht berührt. Es befinden sich keine versorgungstechnischen Anlagen des	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
	Verbandes im ausgewiesenen Geltungsbereich. Ein Neubau von Leitungen ist gegenwärtig nicht vorgesehen.				
17.	Industrie- und Handelskammer Chemnitz, Straße der Nationen 25, 09111 Chemnitz E-Mail: renae.kunze@chemnitz.ihk.de Schreiben vom 11.4.2022				
17.1	Es gibt keine Einwände gegen das Vorhaben. Die Hinweise im Schreiben vom 19.8.2021 wurden bereits eingearbeitet.	Es besteht kein Abwägungsbedarf. Die Hinweise wurden bereits vor der zweiten Auslegung in den Plan und in die Begründung eingearbeitet			
18.	Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen, Schlachthofstraße 12, 09366 Stollberg E-Mail: h.schaarschmidt@za-sws.de Schreiben vom 10.3.2022				
18.1	Von Seiten des ZAS wird dem Vorhaben zugestimmt.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
19.	Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen, Betrieb Freiberger Mulde / Zschopau, Am Roten Turm 1, 09496 Marienberg E-Mail: kerstin.richter@ltv.sachsen.de Schreiben vom 15.3.2022				

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
19.1	<p>Es gilt weiterhin die Stellungnahme vom 9.3.2020.</p> <p>Vom Plangebiet sind keine Gewässer betroffen, welche in der Verwaltung der LTV stehen. Der Truschbach mündet jedoch in weniger als 1km in die Zschopau.</p> <p>Gegen das geplante Vorhaben bestehen vom Grundsatz keine Einwände, wenn folgende planerischen und fachlich-technischen Punkte beachtet werden:</p> <p>Das Niederschlagswasser ist vorzugsweise vor Ort vollständig versickern zu lassen.</p> <p>Es ist sicherzustellen, dass vom Gewerbestandort keine wassergefährdenden Stoffe in die Vorflut gelangen können.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich nicht in einem Überschwemmungsgebiet.</p>	<p>Der Gemeinderat beschließt:</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Die Anregungen und Hinweise werden im weiteren Verfahren berücksichtigt und in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.</p>			
20.	<p>Freiwillige Feuerwehr Zschopau</p> <p>Große Kreisstadt Zschopau, Altmarkt 2, 09405 Zschopau</p> <p>Ordnungsamt, SG Brand- und Katastrophenschutz</p> <p>E-Mail: M.Hildebrandt@zschopau.de</p> <p>Schreiben vom 19.7.2021</p>	<p><i>Keine Stellungnahme zur Fassung 12/2021 eingegangen, Stellungnahme in der ersten Anhörung eingegangen</i></p>			

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
20.1.	Die Löschwasserversorgung ist sicherzustellen.	<p>Der Gemeinderat beschließt:</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Zuständigkeit zur Sicherung der Löschwasserversorgung liegt beim Investor (Voraussetzung zur Ingebrauchnahme der Betriebsstätte entsprechend Durchführungsvertrag).</p> <p>Es wird ein Löschteich mit einem Wasservolumen von mindestens 200m³ sowie einer Saugstelle und einer befestigten Zufahrt entsprechend den einschlägigen Vorschriften errichtet.</p>			
	NACHBARGEMEINDEN				
21.	<p>Stadtverwaltung Chemnitz, Dezernat 6, Stadtentwicklung und Bau, Friedensplatz 1, 09106 Chemnitz</p> <p>E-Mail: lucas.raeuber@stadt-chemnitz.de</p> <p>Schreiben vom 18.3.2022</p>				
21.1	Die Belange der Stadt Chemnitz sind nicht berührt.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
22.	<p>Stadtverwaltung Augustusburg, Marienberger Straße 24, 09573 Augustusburg</p> <p>E-Mail: bauamt@augustusburg.de</p> <p>Schreiben vom 22.3.2022</p>				

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
22.1	Es bestehen keine Einwände. Die Belange der Stadt sind nicht berührt.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
23.	Motorradstadt Zschopau, Altmarkt 2, 09405 Zschopau E-Mail: t.hoyer@zschopau.de Schreiben vom 24.3.2022 + 10.3.2022				
23.1	Es bestehen keine Einwände. Die Belange der Stadt sind nicht berührt. Aus Sicht der unteren Verkehrsbehörde der Stadt Zschopau bestehen keine Einwände gegen das geplante Vorhaben.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
24.	Verwaltungsverband „Wildenstein“, Chemnitzer Straße 41, 09579 Grünhainichen E-Mail: n.beirich@wildenstein.ws	<i>Keine Stellungnahme eingegangen.</i>			
24.1	Es liegt keine Stellungnahme vor.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
25.	Gemeindeverwaltung Amtsberg – Bürgermeister, Poststraße 30, 09439 Amtsberg E-Mail: info@amtsberg.eu				

Lfd. Nr.	Name+Anschrift des Beteiligten Stellungnahme vom: Anregungen	Beschlussvorschlag Begründung Beschlusnummer	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
		Der Gemeinderat beschließt:			
	Schreiben vom 14.3.2022				
25.1	Es bestehen keine Einwände. Die Belange der Gemeinde sind nicht berührt.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			
	ÖFFENTLICHKEIT				
26.	Es liegen keine Stellungnahmen von der zweiten Auslegung vor. Zur ersten Auslegung wurden Stellungnahmen von zwei Bürgern abgegeben, welche das Vorhaben befürworten.	Es besteht kein Abwägungsbedarf.			

Beschluss Nr. 320/22

Der Gemeinderat der Gemeinde Gornau wägt die Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes "Betriebsstätte am Truschbach", bestehend aus Planzeichnung (Teil A), textlichen Festsetzungen (Teil B) sowie Begründung mit Umweltbericht in der Fassung vom 01.12.2021, gemäß Anlage (Abwägungstabelle) einzeln ab und beschließt das Abwägungsergebnis.

Das Abwägungsergebnis wird zur Einarbeitung in die Planunterlagen bestimmt.

Die Bauverwaltung wird beauftragt, die Beteiligten von der Behandlung der Stellungnahmen in Kenntnis zu setzen.

Beschluss Nr. 321/22

Der Gemeinderat der Gemeinde Gornau beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Betriebsstätte am Truschbach", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) in der Fassung vom 20.06.2022 als Satzung. Die Begründung mit Umweltbericht wird gebilligt.